



Forderungspapier der AG SBV zur Aktionswoche 2021 (Kurzfassung)

Der Mensch hinter den Schulden wird in der aktuellen Situation für eine breite Öffentlichkeit sichtbar!

Kurzarbeit, Einkommensverluste, Entlassungen: Seit Beginn der Corona-Krise im März 2020 nehmen die negativen Schlagzeilen zu. Finanzielle Notlagen, Ver- und Überschuldungen werden zum gesamtgesellschaftlichen Phänomen. Dabei dehnt sich das Überschuldungsproblem auf weite Bevölkerungsschichten aus: Verschuldungsprozesse, die in Überschuldung münden, kommen in allen sozialen Schichten vor.

Zahlreiche Studien¹ belegen die vielfältigen positiven Wirkungen von Sozialer Schuldnerberatung sowohl für Betroffene und ihre Angehörigen als auch die Gesellschaft. Bei den Überschuldeten zeigen sich diese insbesondere in der Existenzsicherung, der Schuldenregulierung, der nachhaltigen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen, beruflichen, familiären, sozialen und gesundheitlichen Situation und der Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Handlungskompetenz.

Die Verbände der Arbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatung fordern daher:

1. Einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung

Wenn Menschen in (finanzielle) Not geraten, brauchen sie – unabhängig von ihrer Einkommenssituation – Unterstützung. Die AG SBV fordert daher einen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung für alle.²

2. Schuldnerberatung bedarfsgerecht ausbauen und Finanzierung sichern

Um den realen Bedarf zu decken, insbesondere im ländlichen Raum, ist eine Weiterentwicklung der bestehenden Angebote und das Schaffen zusätzlicher gemeinnütziger Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen nötig.

Die Finanzierung der Schuldnerberatung muss eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Schuldnerberatungsstellen ermöglichen und die Berücksichtigung tariflicher Löhne, Verwaltungs- und Sachkosten sowie regelmäßige Fortbildungen und Angebote der Supervision umfassen.

Schon jetzt sind die Beratungsstellen überlastet und arbeiten an ihren Kapazitätsgrenzen. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen wird sich diese Situation weiter dramatisch verschärfen.

3. Löschung von negativen Merkmalen bei Auskunfteien

Lange Speicherfristen von negativen Merkmalen und ein niedriger sogenannter Score z. B. in der SCHUFA erschweren nachweislich einen wirtschaftlichen Neustart für Überschuldete, der sich auf viele Lebensbereiche auswirkt.

So haben Menschen mit negativen Merkmalen bei Auskunfteien, auf dem freien Wohnungsmarkt kaum eine Chance, eine Wohnung zu finden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Jeder Mensch sollte einen angemessenen Wohnraum zur Verfügung haben, egal in welcher finanziellen Situation er sich befindet.

¹ Vgl. Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg im Auftrag der BAG Soziale Schuldnerberatung: „Werthaltigkeit und Nachhaltigkeit von Sozialer Schuldner- und Insolvenzberatung – eine Metastudie“, 2015

² Vgl. AG SBV – Positionspapier „Recht auf Schuldnerberatung“ 14.02.2018